

KREISSTADT METTMANN Der Bürgermeister		Drucksachennummer 192/2017
Beschlussvorlage		
Verwaltungs- und Bürgerservice, Recht und Ordnung	öffentlich	☒
Stang, Dietrich	nicht öffentlich	☐

Gremium:	TOP-NR:	Datum:
Rat der Kreisstadt Mettmann	9	01.06.2017

Änderung der Hauptsatzung

<u>Finanzielle Auswirkungen</u>	Ja
Kosten	ca. 14.196,00 € p. a.
Produkt	01.01.02
Haushaltsjahr	2017 ff.
Folgekosten	
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung	☒ ja ☐ nein
Deckungsvorschlag	

Anmerkung des Stadtkämmerers:

UMWELTBELANGE werden besonders berührt im Bereich:

☐ Abfall	☐ Wasserhaushalt	☐ Klima
☐ Boden	☐ Natur- und Artenschutz	☐ Emissionen / Immissionen

BESCHLUSSVORSCHLAG

Satzung
 zur Änderung der Hauptsatzung der Kreisstadt Mettmann vom 30.09.2014,
 zuletzt geändert durch Ratsbeschluss vom 4. April 2017
 (veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 09/2017 vom 5. Mai 2017)

Aufgrund § 7 der Gemeindeordnung des Landes NRW in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV.NRW S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes 15. November (GV. NRW, S. 496, in Kraft getreten am 29.11.2016), hat der Rat der Stadt Mettmann in seiner Sitzung am _____ folgende Änderung der Hauptsatzung der Kreisstadt Mettmann beschlossen:

§ 1

§ 14 Abs. 7 der Hauptsatzung (Zuwendungen an Fraktionen) erhält folgende neue Fassung:

§ 14

Aufwandsentschädigung

- (7) Die im Rat der Kreisstadt vertretenen Fraktionen und Gruppen erhalten nach § 56 Abs. 3 GO NRW Zuschüsse für ihre Geschäftsbedürfnisse. **Die Zuwendungen an Fraktionen bestehen aus einem monatlichen Grundbetrag von 350,00 € je Fraktion und 40,00 € monatlich für jedes Ratsmitglied.** Eine Gruppe erhält eine finanzielle Zuwendung in Höhe von 234,00 € monatlich und 17,00 € je Gruppenmitglied. **Ein Ratsmitglied, das keiner Fraktion oder Gruppe angehört, erhält zur angemessenen Vorbereitung auf Ratssitzungen eine monatliche finanzielle Zuwendung in Höhe von 40,00 €.** Fraktionen erhalten ab einer Mindeststärke von acht Ratsmitgliedern einen monatlichen Mietzuschuss in Höhe von 300,00 €, der sich bei jeweils zwei weiteren Ratsmitgliedern um je 50,00 € erhöht.
- Über die Höhe der Zuwendungen ist zu Beginn einer jeden neuen Ratsperiode neu zu beschließen.

§ 2

Die geänderte Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>			
	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU			
SPD			
Die Grünen			
FDP			
UBWG			
Piraten/Linke			
BfM			
Fraktionslose Mitglieder			
Bürgermeister			

Verwaltungserläuterung:

Die Zuwendungen, die die Fraktionen gem. § 56 Abs. 3 GO NRW für ihre Geschäftsbedürfnisse erhalten, sollen angepasst werden. Ihre Höhe ist seit dem Jahre 1989 unverändert, so dass sie eine sachgerechte Arbeit der Fraktionen nicht mehr ermöglichen. Die hier vorgeschlagene Erhöhung stellt unter Berücksichtigung der von den Fraktionen in den vergangenen Jahren dargelegten Bedürfnisse immer noch eine moderate Lösung dar. Diese Lösung entspricht im Übrigen auch hinsichtlich des zugrunde gelegten Verteilungsschlüssels den rechtlichen Anforderungen des § 56 Abs. 3 GO NRW und insbesondere auch den Regelungen des Erlasses „Zuwendungen kommunaler Körperschaften an Fraktionen der Vertretungen“ des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen vom 05.11.2015.

Nach dem Verteilungsmaßstab soll über einen Sockelbetrag, zunächst allen Fraktionen eine angemessene Mindestausstattung garantiert werden. Darüber hinaus soll über eine Pauschale pro Ratsmitglied sowie eine Mietzuschussregelung für Fraktionen ab einer Mindeststärke von acht Ratsmitgliedern der jeweiligen Größe einer Fraktion und dem damit in der Regel verbundenen größeren Aufwand Rechnung getragen werden.

Die vorgeschlagene (geminderte Höhe) der finanziellen Zuwendungen für fraktionslose Ratsmitglieder hält sich im Rahmen des § 56 Abs. 3 Satz 6 GO NRW. Danach kann der Rat beschließen, dass einem Ratsmitglied, das keiner Fraktion oder Gruppe angehört, statt der nach § 56 Abs. 3 Satz 5 GO NRW vorgesehenen Sachmittel finanzielle Zuwendungen aus Haushaltsmitteln gewährt werden. Diesbezüglich ist eine Obergrenze vorgegeben, wonach die finanziellen Zuwendungen die Hälfte des Betrages, die eine Gruppe mit zwei Mitgliedern erhielte, nicht übersteigen dürfen. Andererseits ist eine Untergrenze gesetzlich nicht vorgegeben.